

Prof. Dr. Dagmar Schipanski: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr verehrten Parteifreunde und Parteifreundinnen! Wir sind auf die Thematik dieses Antrags sehr gut eingestimmt worden. Deshalb ist es für mich eine besonders große Ehre, dass ich in diesen Antrag einführen darf. Wir haben den Antrag in der Kommission „Neue Bundesländer – Stand der Deutschen Einheit“, der CDU-Mitglieder aus allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland und ebenso aus allen Vereinigungen unserer Partei angehören, erarbeitet. Ich bedanke mich bei all diesen Kommissionsmitgliedern. Insbesondere bedanke ich mich bei meinen beiden Stellvertretern, bei Dr. Reiner Haseloff und Steffen Kampeter für die geleistete Arbeit.

Liebe Parteifreunde, wir haben es gerade gesehen: Im nächsten Jahr begehen wir die zwanzigste Wiederkehr des Tages des Mauerfalls am 9. November 1989. Im Jahr darauf können wir uns über 20 Jahre vereinigte Bundesrepublik Deutschland freuen. Das sind zwei Ereignisse, die von ganz entscheidender Bedeutung für die jüngere Geschichte unseres Volkes sind. Deshalb ist es für unsere Partei Anlass, darüber nachzudenken, wo wir heute im Wiedervereinigungsprozess stehen und welche Aufgaben für unsere gemeinsame Zukunftsgestaltung in der globalisierten Welt vor uns liegen.

Ich habe es schon oft gesagt und wiederhole es auch heute: Für mich ist der 9. November 1989 – wir haben die Bilder gerade gesehen – das Wunder meines Lebens, weil ich nicht mehr geglaubt hatte, dass ich den Machtansprüchen der SED entrinnen könnte.

(Beifall)

Warum war der 9. November 1989 ein solches Wunder? Es war ein unerwartetes Ereignis, das schon fast außerhalb unserer Vorstellungswelt lag. Es war auch deshalb ein Wunder, weil das ganze Volk, wir, die Menschen in der ehemaligen DDR, unsere Angst abgelegt hatten und auf die Straße gegangen sind.

Liebe Parteifreunde, wissen Sie, was es bedeutet, ein Leben lang von einer Grenze umgeben zu sein, die man nicht ohne Gefahr für Leib und Leben durchbrechen kann? Wir beklagen 950 Tote an der innerdeutschen Grenze und mehrere hundert an den Außengrenzen des Warschauer Paktes. Hinzu kamen 250 000 politische Gefangene in der DDR, die oftmals nur dafür eingesperrt wurden, dass sie anders gedacht und ihre Meinung frei geäußert haben.

Ich erinnere mich noch sehr deutlich, was es für mich bedeutet hat, nicht die Bücher oder Zeitungen zu lesen, die ich gerne lesen wollte, nicht die Filme und Nachrichten zu sehen, die ich sehen wollte, nicht sagen zu dürfen, was man wollte, nicht reisen zu dürfen, wohin man wollte. 17 Millionen Deutsche waren abgeschnitten von den geistigen Strömungen dieser Welt, abgeschnitten von ihren eigenen kulturellen Wurzeln. Demokratische Freiheiten wurden vorenthalten, die Glaubensausübung bekämpft. Es gab keine freien Wahlen.

250 000 offizielle und inoffizielle Mitarbeiter der Stasi haben uns bespitzelt, ohne unser Wissen Berichte über uns geschrieben, das Privatleben ausspioniert und Telefone abgehört.

Wenn ein ganzes Volk dann in allen Teilen des Landes aus diesem System und der Mauer des Schweigens und Erduldens ausbricht, sich aus der Sprachlosigkeit der Chor „Wir sind das Volk“ bildet, dann ist das ein revolutionäres Ereignis, auf das wir als Deutsche besonders stolz sein können.

(Beifall)

Wir haben mit Kerzen und Demonstrationen auf der Straße die Funktionäre zur Rede gestellt. Wir haben die Stasizentralen gestürmt. Wir haben uns von der Bevormundung befreit. Wir sind in die Freiheit Deutschlands eingetreten. Ich kann mich heute nur noch mit großer Dankbarkeit, Freude und innerer Bewegung an diese Zeit erinnern. Verehrte Parteifreunde, wir sollten uns diese Gefühle für unsere gemeinsame Zukunftsgestaltung bewahren.

(Beifall)

Nicht nur der ideologische Druck des SED-Regimes führte zur Revolution, sondern auch die katastrophalen Mängel der sozialistischen Planwirtschaft.

Ich zitiere hier aus dem Bericht des Chefs der SED-Planungskommission Schürer an den Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz vom Oktober 1989 – dieser Bericht stammt wohlgermerkt noch aus der Zeit vor dem Mauerfall –:

„Im internationalen Vergleich der Arbeitsproduktivität liegt die DDR gegenwärtig um 40 Prozent hinter der BRD zurück. Im Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens sowie der zur Verfügung stehenden Ressourcen besteht ein Missverhältnis zwischen dem gesellschaftlichen Überbau und der Produktionsbasis. Die Verschuldung im nicht sozialistischen Wirtschaftsgebiet ist seit dem VIII. Parteitag gegenwärtig auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR infrage stellt.“

Sie merken, welche „wunderbare“ Sprache wir damals hatten. Wir hatten in den 40 Jahren der Teilung auch eine geteilte Sprache.

Liebe Parteifreunde, was nehmen wir daraus mit? Nicht die bösen Kapitalisten haben die DDR-Wirtschaft ruiniert. Die SED-Führung hat in den Zusammenbruch geführt.

(Beifall)

Dieser Bericht ist der Offenbarungseid der SED-Führung, die das eigene Volk belogen hat und ihm die Wahrheit vorenthielt.

Ein Volk lässt sich aber nicht auf Dauer belügen. Die Ausreisewelle und die Herberstdemonstrationen von 1989 waren die Antwort auf die verfehlte SED-Politik, die Antwort auf einen Staat, in dem man sich eingerichtet hatte, in dem man Nischen suchte, in dem man sehr viel arbeiten musste, der aber die Bevölkerung zynisch um die Früchte des eigenen Fleißes gebracht hat.

Die Bundesrepublik Deutschland dagegen – Sie haben es gerade im Film gesehen – hatte von 1949 bis 1989 eine kontinuierliche Entwicklung in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht durchlaufen, basierend auf der freiheitlich-demokratischen Ordnung und der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft sowie einer Einbettung in das vereinte Europa und die NATO. Wir Deutsche standen 1989 vor der Aufgabe, die beiden Teile unseres Vaterlandes, die sich vollständig unterschiedlich entwickelt hatten, zu einem Ganzen zu vereinen, das im vereinten Europa, in einer globalisierten Welt einen geachteten Platz einnehmen kann. Mit dem 10-Punkte-Programm im November 1989 übernahm die CDU unter Führung von Helmut Kohl die Initiative zum Wiedervereinigungsprozess. Wir verdanken dem Geschick Helmut Kohls zugleich die Zustimmung der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges zur Einigung Deutschlands. Lieber Helmut Kohl, herzlichen Dank von dieser Stelle aus für das von Ihnen Geleistete, verbunden mit herzlichen Genesungswünschen.

(Beifall)

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, auf der Basis des Grundgesetzes sind wir der Bundesrepublik beigetreten. Was bedeutete dann aber die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse? Es begann mit der Neustrukturierung des Staatsaufbaus: Wiedergründung der Länder, Kreis- und Kommunalreform sowie Neuaufbau von Verwaltung, Justiz und Strafvollzug. Es bedeutete die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die Loslösung der Betriebe aus den Kommandostrukturen des Staates und die Überführung in neue Rechts- und Eigentumsformen. Es bedeutete die Sanierung der Infrastruktur, eine Neustrukturierung des Bildungs-, Forschungs- und Hochschulsystems sowie des Gesundheitswesens. Das gilt nach wie vor: Ausbildung eines gemeinsamen Kerns von Grundwerten und Aufbau einer Bürgergesellschaft als Voraussetzung für den erfolgreichen Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Ordnung. Alles das war zu entwickeln, wenn unsere Nation wieder zusammenwachsen wollte.

Diese Aufzählung zeigt uns, welche gewaltigen Aufgaben wir 1989/90 zu bewältigen begonnen haben, ohne uns des wahren Ausmaßes bewusst zu sein und ohne unsere unterschiedliche Entwicklung wirklich genau zu kennen.

Kann eine solch großartige Leistung ohne Mängel, ohne Fehlschläge verlaufen? Nein, das widerspräche jeglichem Naturgesetz und jeglicher Erfahrung in gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen. Wir haben aber trotz Rückschlägen, die wir erlitten haben, Enormes, teilweise Unvorstellbares in den letzten 18 Jahren geleistet. Die DDR hatte den höchsten CO₂-Ausstoß in Europa. Heute können wir wieder atmen und diskutieren hier auf dem Bundesparteitag über einen Antrag, der auf eine weitere Verringerung des CO₂-Ausstoßes abzielt. Telefone waren seinerzeit ein Privileg. Heute haben wir das modernste Telekommunikationsnetz Europas. Der Mittelstand in der DDR wurde durch Enteignung systematisch vernichtet. Heute liegt unsere Wirtschaftskraft überwiegend beim Mittelstand. Heute haben wir flächendeckend Industrie- und Gewerbegebiete mit Technologie- und Gründerzentren. Unsere Infrastruktur ist erneuert worden.

Liebe Freunde, erinnern Sie sich, wie es aussah, als Sie 1989 aus den alten Ländern zu uns gekommen sind. Sie sahen ein Land, das Grau in Grau war. Heute erstrahlen unsere Städte und Dörfer in neuem Glanz. Sie haben ein farbiges Gesicht. Sie verbinden Historisches mit moderner Architektur in ganz beeindruckender Weise. Unsere Straßen waren mit Schlaglöchern übersät. Heute durchziehen Autobahnen und neue Schienenwege unser Land, wie wir im Film eben auch sehen konnten. Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, Forschungsinstitute und Sportstätten wurden neu errichtet. Allein 11 Milliarden Euro sind in den Hochschulbau geflossen.

Wir haben in den letzten Jahren wirklich blühende Landschaften errichtet, worüber ich mich als ehemalige DDR-Bürgerin jeden Tag freue.

(Beifall)

Ich sage Ihnen: Nicht nur wir als ehemalige DDR-Bürger freuen uns darüber. Millionen Menschen in der gesamten Bundesrepublik, Millionen Menschen in Europa freuen sich zusammen mit uns über diese gewaltige Aufbauleistung.

(Beifall)

Ich möchte betonen, dass wir in den neuen Ländern allen für die Transferleistungen dankbar sind. Wir sind für die Hilfe dankbar, die uns diesen beispiellosen Aufschwung in den letzten Jahren ermöglicht hat. Aber auch wir in den neuen Ländern haben diesen Aufbau mit ganzer Kraft vorangetrieben, mit persönlichem Einsatz und mit viel privatem Engagement. Wir haben unser Land ein zweites Mal neu aufgebaut und darüber freuen wir uns.

(Beifall)

Deshalb betone ich hier an dieser Stelle: Wir sind nicht das Milliardengrab von Deutschland; wir sind die Milliardenchance für Deutschland, wenn wir unsere Kräfte in Ost und West bündeln und nicht gegenseitig von Neid zerfressen lassen.

(Beifall)

Liebe CDU-Parteifreunde, ich versichere Ihnen: Mit diesem Antrag zeigen wir Wege auf, wie wir mit geeinter Kraft den Weg für das zukünftige Deutschland gestalten wollen.

In meinem Heimatland Thüringen liegen wir in diesem Jahr mit der Arbeitslosenquote zum ersten Mal unter zehn Prozent. Darauf sind wir stolz. Wir wissen aber auch, dass der Durchschnittswert in den neuen Ländern höher ist. Das ist schlecht. Diese hohe Zahl beunruhigt uns. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat in der CDU oberste Priorität.

Deshalb schlagen wir im vorliegenden Antrag verschiedene Maßnahmen vor. Wir schlagen die zielgerichtete Einsetzung der 156 Milliarden Euro aus dem Solidarpakt II zur Schließung von Infrastrukturlücken für Investitionen und Stärkung der Kommunen vor. Wir schlagen die Fortführung der Investitionszulage bis 2013, die Fortsetzung der GA auf einem hohen Niveau und den späteren Übergang zur Feinsteuerung unter Berücksichtigung der Interessen der ostdeutschen Länder und von strukturschwachen Regionen aus den alten Ländern vor. Zu dem letzten Punkt werden wir noch neue Kriterien erarbeiten.

Liebe Freunde, die Probleme der Arbeitslosigkeit hat die Linke skrupellos ausgenutzt und eine nostalgische Verklärung der DDR betrieben. Zu viele erinnern sich nur noch der scheinbaren Sicherheit in den Nischen der Gesellschaft und verdrängen die inneren menschenfeindlichen Wirkmechanismen des untergegangenen Systems. Wir alle wissen: Demenz ist eine schlimme Krankheit für den einzelnen. Noch schlimmer ist sie für ein ganzes Volk.

(Beifall)

Deshalb haben wir in diesem Antrag so viel Wert darauf gelegt, dass der Erinnerungskultur und der Geschichtsdarstellung und Geschichtsaufarbeitung mehr Wert beigemessen wird, als es bisher geschehen ist. Nostalgie beruht auf einer Verharmlosung und Verschleierung grundlegender Wirkmechanismen einer Diktatur – schlimmer noch: auf einer Gleichsetzung innerer Mechanismen von Demokratie und Diktatur, wie wir aus mehreren Meinungsumfragen leider zur Kenntnis nehmen mussten.

Unsere Diktaturerfahrungen der 17 Millionen Menschen, die 40 Jahre in der DDR gelebt haben, müssen in das kollektive Gedächtnis des ganzen deutschen Volkes einfließen und dürfen nicht als Randerscheinung abgetan werden.

(Beifall)

Deshalb erheben wir von unserer Seite aus die Forderung nach einem Lehrstuhl zur Erforschung des DDR-Unrechts und des DDR-Systems und die Aufnahme dieser Geschichte in die Lehrpläne unserer Schulen.

(Beifall)

Deutschland ist eben nicht nur 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft und 60 Jahre Grundgesetz, sondern auch 40 Jahre sozialistische Planwirtschaft und 40 Jahre DDR-Gesetzgebung. Die leidvollen Erfahrungen der 17 Millionen Menschen in der ehemaligen DDR ohne Freiheit und wirtschaftlichen Wohlstand haben auch zu einer anderen Sozialisation von uns geführt, sodass wir vor einem völlig anderen Erfahrungshintergrund auch bestimmte Zeiterscheinungen der Moderne anders beurteilen.

Nur wenn wir uns mit unseren unterschiedlichen Erfahrungen von Gewalt, Sicherheit, Freiheit, Individuum, Familie, Glück und Berufsausübung gegenseitig achten und respektieren, werden wir unsere Zukunft gemeinsam gestalten können. Dazu gehört der Respekt vor den Biografien und Lebensleistungen in Ost- und in Westdeutschland.

(Beifall)

Bei der jetzigen Diskussion über die Rolle unserer Biografien und über die Rolle der Blockparteien spüre ich ganz deutlich, dass man Agieren von Parteien in der Diktatur mit dem in der Demokratie vergleicht. Gleichgeschaltete Parteien sind aber keine Oppositionsparteien. Wer so denkt, hat Diktatur nicht begriffen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Linke will damit ihre eigene Rolle in der SED-Diktatur beschönigen und verschleiern. Sie will ein Geschichtsbild produzieren, in dem sie gereinigt wie Phoenix aus der Asche emporsteht und dann die sozialistische Planwirtschaft als Alternative zu allen unseren derzeitigen Problemen anbietet. Das darf ihr nicht gelingen, liebe Parteifreunde.

(Beifall)

Wir haben daher in diesem Antrag eine neue Ziffer 10 aufgenommen, die nach unserer Auffassung die Rolle der CDU in der DDR angemessen widerspiegelt. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass sich die CDU in den Beschlüssen von Weimar 1991, von Dresden 1991 sowie im Grundsatzprogramm „Freiheit in Verantwortung“ 1994 ebenfalls dem notwendigen Prozess der Aufarbeitung und Erneuerung gestellt hat. Ich bitte Sie: Stimmen Sie diesem Vorschlag der Antragskommission zu!

Liebe Parteifreunde, dieser Antrag ist so wichtig, weil wir uns der für Jahrzehnte geteilten Geschichte unseres Vaterlandes mit all ihren Facetten annehmen müssen, um zukunftsfähig zu

sein. Wenn in Zeiten wie dieser, in der wir uns in einer Wirtschafts- und Finanzkrise befinden, die Linke wieder dafür plädiert, dass die sozialistische Planwirtschaft eine Alternative zur Sozialen Marktwirtschaft ist, dann müssen wir eben genau diese Geschichte auseinander nehmen und darauf hinweisen, wohin die sozialistische Planwirtschaft geführt hat. Sie hat ganz Osteuropa in eine Mangelwirtschaft, in ein abgehängtes technisches Niveau und in soziale Sicherheit auf niedrigstem Niveau und letztendlich zum Zusammenbruch des gesamten Systems in ganz Osteuropa geführt.

Ich frage Sie: Wer hat denn die kreativen Ideen in dieser Planwirtschaft? Der Staat ist der Besitzer der Betriebe und Banken. Wer ist der Staat? Das ist dann eine Funktionärsclique, die die Kreativität der anderen zum eigenen Machterhalt ausschaltet. Das ist für uns keine Perspektive, liebe Parteifreunde.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb sollten wir uns im 20. Jahr der Erinnerung an den Mauerfall über die Gunst der Stunde freuen, die wir damals so intensiv genutzt haben. Wir sollten die damals genutzte Chance jetzt wieder ergreifen und unser Land weiterentwickeln. Wir sollten uns auf unsere Kraft und Stärken besinnen, die wir in das geeinte Deutschland eingebracht hatten, auf unsere christlichen Wertvorstellungen und unsere Wurzeln und auf dieser Grundlage unser Land weiterentwickeln.

Diese Perspektiven haben wir in dem vorliegenden Antrag aufgezeigt. Mit diesem Antrag wollen wir den eingeschlagenen Weg weitergehen, liebe Parteifreundinnen und -freunde, und Deutschlands Zukunft gemeinsam in der CDU gestalten.

(Beifall)